

Regelung der Weiterbildung

In einem Postulat verlangt *Susanna Rusca* (sp., Zürich), im neuen Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz die Weiterbildung zu regeln und dieses Gesetz als Gesetz über Berufs- und Weiterbildung zu betiteln. Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) hat Diskussion verlangt. Er führt aus, dass Weiterbildung Sache jedes Einzelnen ist. Wir dürfen nicht fragen, was der Staat für mich tun kann, sondern was ich selbst für mich tun kann. Allenfalls wären wir bereit für steuerliche Erleichterung für Leute, die sich weiterbilden. *Susanna Rusca* (sp., Zürich) will, dass die Weiterbildung Teil der Berufsbildung wird. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage für die Weiterbildung, um das lebenslange Lernen zu fördern. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) findet, dass dunkle Wolken im Bereich der Weiterbildung aufziehen. Wir sind daran, bewährte Weiterbildung auf dem Altar des Sparens zu opfern. *Andrea Widmer* (fdp., Zürich) ist der Meinung, dass die Diskussion bei der Beratung des Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz geführt werden soll. Die FDP wird sich der Stimme enthalten. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) signalisiert Zustimmung zum Postulat. Die Überweisung schadet nicht. *Elisabeth Derisiotis* (sp., Zollikon) hält die Weiterbildung für so wichtig wie die Grundbildung. Berufsbildung und Weiterbildung müssen vernetzt werden, weil die Grundbildung für ein langes Berufsleben nicht reicht.

Der Rat stimmt der Überweisung des Postulats mit 77 zu 49 Stimmen zu.

Kantonaler Berufsbildungsfonds

In einer Motion verlangt *Julia Gerber* (sp., Wädenswil) gesetzliche Grundlagen für die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds. Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, sollen in den Fonds einzahlen. Mit dem Geld soll die Berufsbildung der ausbildenden Betriebe unterstützt werden. Ausgenommen sind Kleinstbetriebe und Jungunternehmen sowie Betriebe, die in einen gesamtschweizerischen Branchenfonds einzahlen. In seiner Stellungnahme beantragt der Regierungsrat, die Motion abzulehnen. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie sowie die Erziehungsdirektorenkonferenz raten von kantonalen Berufsbildungsfonds ab. Branchenfonds können präziser und schneller auf berufsspezifische Veränderungen reagieren. Ein kanto-

Ralf Margreiter (gp., Zürich) will Betriebe ohne Lehrlinge in die Pflicht nehmen. (Bilder Mathis)

sprechen. Die Tatsache, dass bereits diverse Branchenfonds bestehen, zeigt, dass die Verbände ihre Verantwortung wahrnehmen. *Benedikt Gschwind* (sp., Zürich) bezeichnet den kantonalen Fonds als ein Bekenntnis zur dualen Lehre. Diverse Kantone aus der Westschweiz haben einen solchen Fonds eingerichtet. Der Fonds könnte diverse Projekte finanzieren wie etwa Ausbildungsverbände. *Julia Gerber* (sp., Wädenswil) bekräftigt nochmals ihr Anliegen. *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) glaubt, dass sich das Problem von alleine löst. In ein paar Jahren haben wir zu wenig Jugendliche. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Betriebe von der Verantwortung loskaufen können. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) findet dieses Argument billig. Viele Betriebe haben sich ohnehin aus der Bildung verabschiedet.

Bildungsdirektorin Regine Aepli erinnert an die Branchenfonds, die für allgemein verbindlich erklärt werden können. Bis anhin ist das bei zwei Fonds der Fall. Wir werden diese Frage sicher bei der Beratung des Einführungsgesetzes zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz diskutieren. Angesichts der Lehrstellennot sind der Kanton und auch die Wirtschaft gefordert.

Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 81 zu 78 Stimmen ab.

Psychoaktive Substanzen für Schüler

In einem Postulat fordert *Rolf André Siegenthaler* (svp., Zürich), den Einsatz von psychoaktiven Substanzen – vor allem Ritalin – an öffentlichen Schulen zu verringern. In einer Interpellation stellt der Postulant zugleich Fragen zum Einsatz solcher Medikamente in der öffentlichen Schule. Ritalin wird gegen das Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) verwendet. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt, gibt es zum Einsatz psychoaktiver Substanzen an öffentlichen Schulen keine gesicherten Daten. Es gibt aber Hinweise darauf, dass der Verbrauch von Medikamenten wie Ritalin zugenommen hat. Da die Verschreibung auch Erwachsene betrifft, ist ein Rückschluss auf die Situation an den Schulen nicht möglich. Von ADHS sind weltweit 3 bis 9 Prozent der Kinder und rund 4 Prozent der Erwachsenen betroffen. Medikamente wie Ritalin führen zu einer starken Verbesserung der Sym-